

"Steuergerechtigkeit in Krefeld?"

Nachdem die Stadtverwaltung es abgelehnt hat, in der Bezirksvertretung Fischeln zu der Anfrage der FDP Stellung zu nehmen, weshalb und in welcher Höhe in einigen Gebieten Fischelns über Jahre hinweg die Grundsteuer nicht erhoben wurde, soll sich nun der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften am 28. April mit einem Sachstandsbericht zur Steuergerechtigkeit in Krefeld befassen. In einem Antrag für die Sitzung Ende April hat die FDP-Fraktion ihren Fragenkatalog noch einmal erweitert und bittet die Verwaltung zusätzlich nunmehr um Stellungnahme zu folgenden Fragen:

Wie hoch ist der prozentuale Anteil der Nachforderungen (bereits realisierte bzw. zu erwartende) am Gesamtaufkommen der Grundsteuer?

Wie wirkt es sich absolut auf das Grundsteueraufkommen aus, wenn alle Grundsteuerpflichtigen herangezogen werden (Ist) bzw. die im Haushalt vorgeschlagene Erhöhung beschlossen wird (Plan)? Wird an der geplanten Grundsteuererhöhung festgehalten oder ist im Hinblick auf die bislang noch nicht geltend gemachte, aber in Zukunft zu erwartende Grundsteuer eine Korrektur beabsichtigt?

Die FDP-Fraktion erwartet eine Beantwortung ihrer Fragen im öffentlichen Teil der Sitzung.

"Da wir ja nicht wissen wollen, welche Steuerpflichtigen zu welchen Grundsteuerbeträgen herangezogen werden, wird das Steuergeheimnis nicht tangiert. Wir sehen deshalb keinen Grund, warum unsere Fragen nicht im öffentlichen Teil behandelt wrden sollten", erklärt Fraktionsvorsitzender Joachim C. Heitmann.